

4 Vernehmung des Zeugen Dieter Schürmann

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Meine Damen und Herren, wir setzen unsere heutige Beweisaufnahme mit der Vernehmung des Zeugen Schürmann fort.

Herr Schürmann, ich darf Sie hier im Untersuchungsausschuss herzlich willkommen heißen. Ich darf mich schon jetzt bei Ihnen bedanken, dass Sie zu uns gekommen sind.

Auch hier gilt wieder, dass Bild- und Tonaufnahmen nicht zulässig sind während einer Beweisaufnahme. Gleichzeitig möchte ich darauf aufmerksam machen, dass Personen nicht im Saal sein sollen, die gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt noch als Zeugen vernommen werden sollen.

Herr Schürmann, wir wollen Sie heute zu unserem Untersuchungsgegenstand befragen. Bevor ich jedoch mit der Befragung beginne, bin ich gehalten, Sie zu belehren.

Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Das heißt, Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört. Sie dürfen aber auch nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wenn Sie hier vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich vorsätzlich falsch aussagen, kann dies mit einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Ich mache Sie ferner darauf aufmerksam, dass Sie berechtigt sind, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, durch deren wahrheitsgemäße Beantwortung Sie sich selbst oder einen nahen Angehörigen der Gefahr der Strafverfolgung oder der Gefahr der Verfolgung wegen einer Ordnungswidrigkeit aussetzen würden.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Dieter Schürmann: Keine.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Der Innenminister hat mir mit Schreiben vom 4. Dezember 2009 eine Kopie der Aussagegenehmigung für Herrn Schürmann übermittelt. Die Aussagegenehmigung wurde den Obleuten und wissenschaftlichen Referenten per Mail zugeleitet. Ich gehe daher davon aus, dass ich auf ein Verlesen verzichten kann.

Ich möchte Sie, Herr Schürmann, jedoch darauf aufmerksam machen, dass Sie nicht verpflichtet sind, über Vorgänge zu berichten, die über die Ihnen erteilte Genehmigung zur Aussage hinausgehen. Sollten Sie trotzdem zu anderen Komplexen Aussagen machen wollen, so müssten Sie dies auf Ihre eigene Verantwortung hin tun.

Möglicherweise haben Sie sich zur Vorbereitung der heutigen Sitzung noch einmal Akten angeschaut. Wenn das so der Fall sein sollte, machen Sie uns bitte bei Ihrer

Aussage an den jeweiligen Stellen deutlich, was aus dem Aktenstudium berichtet wird bzw. was aus Ihrer eigentlichen Erinnerung stammt.

Wir beginnen zunächst mit der Feststellung Ihrer Personalien. Ich darf Sie bitten, mir Ihren vollständigen Namen zu sagen.

Zeuge Dieter Schürmann: Ich heiße Dieter Schürmann.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sie sind wie alt, Herr Schürmann?

Zeuge Dieter Schürmann: Ich bin 54 Jahre alt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Von Beruf?

Zeuge Dieter Schürmann: Kriminalbeamter.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Und Ihr Dienort?

Zeuge Dieter Schürmann: Düsseldorf, das Innenministerium.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gibt es Fragen zur Person? – Das ist nicht der Fall.

Herr Schürmann, wir haben uns das so vorgestellt, dass zunächst von mir einige einleitende Fragen gestellt werden und dann anschließend die Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen Gelegenheit haben, an Sie weitere Fragen zu stellen.

Zunächst, Herr Schürmann, darf ich Sie bitten, uns einmal kurz Ihren beruflichen Werdegang gerafft zu schildern.

Zeuge Dieter Schürmann: Ich bin seit 1976 Angehöriger der Polizei Nordrhein-Westfalens. Ich war zunächst im gehobenen Dienst tätig. Ich war da als Sachbearbeiter und als Führungskraft mit der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und mit Kapitalsachen befasst.

Ich bin seit 1990 im höheren Dienst der Polizei tätig und dort in unterschiedlichen Verwendungen mit der Bekämpfung organisierter Kriminalität, aber zu weitaus überwiegenden Anteilen mit Führungsaufgaben und stabsfunktionalen Aufgaben sowohl beim Landeskriminalamt als auch bei der Bezirksregierung in Düsseldorf und jetzt seit fünf Jahren im Innenministerium Nordrhein-Westfalen befasst. Ich leite im Innenministerium den Referatsbereich 42.2 – der befasst sich mit strategischen und aufsichtlichen Fragen des gesamten Bereichs der repressiven Kriminalitätsbekämpfung –, und ich bin dort Abwesenheitsvertreter des Landeskriminaldirektors Herrn Behrendt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank, Herr Schürmann. – Herr Schürmann, Sie sollen heute zu unserem Untersuchungsgegenstand befragt werden, so wie er sich nach Ziffer 3 des Einsetzungsbeschlusses vom 25. Juni 2009 darstellt.

Können Sie uns vielleicht zunächst einmal zu Beginn schildern, inwieweit Sie mit dem Ermittlungsverfahren gegen Herrn Dr. Friedrich befasst waren?

Zeuge Dieter Schürmann: Ja, Sie haben darum gebeten. Ich habe es nach unserem Aktenrückhalt noch einmal rekonstruiert in Bezug auf die Zeiten und auch in Bezug auf den Umfang. Ich hatte ja dargestellt: Ich bin als Referent, als Referatsbereichsleiter für Strafverfolgungsangelegenheiten tätig und bin damit auch Adressat mündlicher oder telefonischer, aber auch schriftlicher Berichte, die das Landeskriminalamt uns zuleitet im Hinblick auf die entweder definierten Berichtsverpflichtungen – sogenannte wichtige Eilmeldungen oder andere Dinge – oder Sachverhalte, von denen das Landeskriminalamt annehmen muss, dass sie für die fachaufsichtliche Begleitung seiner Arbeit, für die wir zuständig sind, von Bedeutung sind.

Insoweit habe ich aus dem Aktenbestand nachvollzogen, dass ich im Jahr 2006 erstmalig darüber informiert wurde, dass in der Abteilung 1 des Landeskriminalamtes, die sich dort mit organisierter Kriminalität und Korruptionsdelikten in verschiedenen Dezernaten befasst, ein Verfahren entstanden ist, das sich gegen Herrn Dr. Friedrich und weitere Beschuldigte unter der Annahme unter anderem von Korruptionsdelikten und Vorteilsnahme richtet. Das war ein erster Bericht im Jahre 2006; ich meine, im Juni.

In der Folge habe ich dann im Jahr 2006/2007 im Wesentlichen zwei Sachstandsberichte erhalten, an die ich mich erinnern kann, die das LKA uns berichtet hat, zum Verlauf und zum Stand des Verfahrens im Wesentlichen. Ich war in der Folge nach Übergang der Ermittlungen – wie wir sagen – aus der eher verdeckten Phase in offenen Ermittlungen auch mit der Zuweisung von Personal befasst, um diese Ermittlungskommission, die mit diesem Vorgang befasst war, zu verstärken.

Letztlich im Jahr 2008 war ich auch dann selbst etwas intensiver mit einer Beschwerde des Herrn Abgeordneten Rimmel befasst, die sich auf die Aufzeichnung von Gesprächen erstreckte, die auch ihn betrafen durch eine Telekommunikationsüberwachung, die im Rahmen dieses Verfahrens geführt worden war.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wie ist es denn eigentlich zu den Ermittlungen gegen Herrn Dr. Friedrich gekommen?

Zeuge Dieter Schürmann: Mir ist durch das LKA dargestellt worden, dass das LKA durch Presseauswertungen Kenntnis erhalten hatte von – ja, wie wurde es formuliert? – auffälligen, potenziell korruptionauffälligen oder der Vorteilsnahme auffälligen Verhaltensmustern einzelner Bediensteter, unter anderem von Herrn Dr. Friedrich, mit dem Hinweis versehen durch das LKA, dass man ja nach dem Korruptionsbekämpfungsgesetz gehalten sei, solche Sachverhalte auch eigeninitiativ weiter aufzuklären.

Nach meinem Kenntnisstand hat das LKA dann ein Gespräch im Ministerium angestrebt, hat dort mit Führungskräften des Ministeriums diesen Sachverhalt erörtert und ist dann zu dem Ergebnis gekommen, dass das aus Sicht des LKA wohl einen Tatverdacht begründet – so ist meine Wahrnehmung –, und hat darauf hin formal ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, dass dann letztlich durch die Staatsanwaltschaft Wuppertal sachleitend weitergeführt wurde, und natürlich unterstützt durch Ermittlungskräfte des LKA.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Jetzt haben wir vorhin von Herrn Gatzke, der hier vom LKA als Zeuge war, gehört, dass es solche WE-Meldungen vom LKA gab. Sind die dann bei Ihnen gelandet? Waren Sie der zuständige Ansprechpartner im Ministerium?

Zeuge Dieter Schürmann: Diese WE-Meldungen erreichen das Innenministerium über den normalen elektronischen Posteingang und werden von dort aus an einen in aller Regel vordefinierten Adressatenkreis gesteuert, zu dem auch ich gehöre.

Diese WE-Meldungen erreichen aber auch Führungskräfte benachbarter Referate, zum Beispiel des Einsatzreferates unter der Leitung von Herrn Wehe, des Inspektors der Polizei, der für die Einsatzfragen und Verkehrsangelegenheiten der Polizei zuständig ist. Natürlich werden diese WE-Meldungen je nach Inhalt nach Entscheidung des dafür zuständigen Beamten bei uns im Lagezentrum auch gesteuert an verschiedene weitere Adressaten, an unseren Abteilungsleiter, den Leiter der Abteilung 4, bis in die Hausspitze hinein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wie viele WE-Meldungen sind in dem Zusammenhang Verfahren Dr. Friedrich im Ministerium eingegangen?

Zeuge Dieter Schürmann: Da müsste ich ... Das kann ich Ihnen mit Gewissheit nicht sagen, weil natürlich auch WE-Meldungen eingehen, während ich urlaubsabwesend oder auf Reisen bin. Ich weiß, dass eine größere Anzahl von WE-Meldungen und sogenannten Lagefortschreibungen im Zusammenhang mit Durchsuchungsmaßnahmen, also dann mit dem Übergang dieses Ermittlungsverfahrens in die offenen operativen Maßnahmen, im Jahr 2008 erfolgte. Ich wäre überfordert, Ihnen eine konkrete Anzahl zu nennen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie denn solche WE-Meldungen auch mal an die Hausspitze weitergeleitet, also Sie jetzt?

Zeuge Dieter Schürmann: Also, WE-Meldungen werden durch unser Lagezentrum gesteuert. Die WE-Meldungen, das liegt in der Natur der Sache, haben in aller Regel eine Bedeutung, die sozusagen fachlich wahrgenommen werden muss im kriminalpolizeilichen oder im Einsatzbereich und natürlich auch in einer größeren Anzahl von Fällen von einer solchen Bedeutung sind, dass davon auszugehen ist, dass der Minister, die Staatssekretäre oder die Abteilungsleitung, die Leitung der Abteilung 4,

dazu zumindest eine Grundinformation haben muss, um auf Rückfragen Antworten geben zu können, dass dieser Sachverhalt dort bekannt ist.

Das entscheidet – wie gesagt – das Lagezentrum, der dort zuständige Führungsbeamte. Wenn Berichte auf anderem Wege eingehen oder wenn ich der Überzeugung bin, dass diese WE-Meldung oder zum Beispiel ein anderer Bericht, der entsprechend relevant ist, von übergeordnetem Interesse ist, steuere ich das auch selber nach.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gab es das in diesem Falle?

Zeuge Dieter Schürmann: Das gab es in diesem Fall für solche Berichte. Das heißt, diese Berichte werden auf dem Dienstweg der Hausspitze zugeleitet. Das ist insoweit schon der Regelfall. Sie mögen es daran erkennen, dass es dafür zum Beispiel auch einen spezifischen Stempel gibt, der schlicht und einfach ausweist: „Dem Minister auf dem Dienstweg vorzulegen“. Das heißt, es ist eigentlich eine Routineinformation. Es kommt relativ häufig in Bezug auf die unterschiedlichen Charakteristiken vor, die ja nun zum Beispiel öffentlichkeitswirksame Sachverhalte haben können.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Was ist denn in diesem Fall dem Minister alles zugeleitet worden?

Zeuge Dieter Schürmann: Ja, ... Vermutlich wäre es besser, wenn Sie mir das aus Ihrem Aktenbestand vorhalten. Aus meiner Erinnerung heraus sind die Berichte zur Eröffnung des Verfahrens und in der Folge auch die Sachstandsberichte entsprechend der Hausspitze vorgelegt worden. Selbstverständlich im Zusammenhang damit, weil es auch eine öffentliche Wahrnehmung dieser Maßnahmen gab, natürlich im Spektrum der operativen Maßnahmen, der Durchsuchungsmaßnahmen selbstverständlich auch. Ich wäre überfordert, Ihnen jetzt wirklich zu jeder einzelnen WE-Meldung den Status aus der Erinnerung heraus darzustellen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gab es mal Rückfragen von der Hausspitze an Sie?

Zeuge Dieter Schürmann: Ich kann Ihnen nicht sagen, wer diese Rückfrage gestellt hat, aber ich meine mich daran zu erinnern, dass – wie für solche Verfahren üblich – die Vorankündigung, dass die Maßnahmen nun operativ umgesetzt werden, also dass Durchsuchungsbeschlüsse umgesetzt werden ... Ich meine, mich daran zu erinnern – ich bitte, das unter diesem Vorbehalt zu betrachten –, dass dazu eine Frage aufkam. Ich kann Ihnen nicht mehr sagen, woher, aber ich meine, aus dem Ministerbüro. Zum konkreten Datum noch einmal, obwohl das in dem Bericht benannt war: ob Bedenken bestünden, wenn nach Beginn der Maßnahmen auch das betroffene Ministerium noch einmal darüber informiert werde, dass diese Maßnahmen begonnen, gestartet wurden. Nicht über den Inhalt, sondern über diesen Umstand.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Was meinen Sie jetzt mit „betroffenes Ministerium“?

Zeuge Dieter Schürmann: In diesem Fall das Ministerium, in dem Herr Dr. Friedrich tätig war, also das Umweltministerium.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das Umweltministerium. Und von wem kam diese Nachfrage? Wissen Sie das? Das wissen Sie jetzt nicht, haben Sie gesagt. – Ministerbüro?

Zeuge Dieter Schürmann: Ich kann mich nicht festlegen, aber ich meine, entweder vom persönlichen Referenten des Ministers, von Herrn Frücht. Das ist eine Erinnerung, die ich dazu noch habe. Ich bin da nicht sicher, das muss ich einschränkend sagen. Das kann auch von einer anderen Stelle aus dem Ministerbüro gekommen sein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Entschuldigen Sie, dass ich noch einmal nachfrage, nur um es deutlich zu verstehen. Was wollten die jetzt wissen? Ob das Umweltministerium was wissen darf, oder ...?

Zeuge Dieter Schürmann: Ich erinnere mich daran, dass die Frage war, ob Bedenken bestehen, wenn nach Beginn der Maßnahme – ich meine, es war Ende Mai 2008 – darüber noch ein Gespräch auf Staatssekretärssebene stattfindet, ein Telefonat, ein kurzer Hinweis sozusagen über den Umstand, dass dieses Verfahren zugrunde liegt und dass dort entsprechende Maßnahmen geführt werden. Eine Information sozusagen. Es sind keine Fragen im Hinblick auf Sachstände oder Ermittlungsverläufe oder etwas Ähnliches an mich gerichtet worden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Und welche Antwort bekam die Hausspitze, das Ministerbüro darauf?

Zeuge Dieter Schürmann: Keine Bedenken. Es liegt in der Natur der Sache.

Ich führe das darauf zurück – ich sage das bewusst –, weil das nicht sehr häufig, aber auch nicht so selten vorkommt, dass wir natürlich unsere Hausspitze informieren über operative Maßnahmen, die die Polizei NRW, also größere Polizeibehörden oder das Landeskriminalamt ..., dass dort Maßnahmen getroffen werden, die eine besondere öffentliche Wahrnehmung erfahren, dass dann natürlich diese Information auch von meiner Seite aus schon initiativ damit versehen wird, darauf hinzuweisen, ob diese Erkenntnisse zum Beispiel jetzt schon zur Weitergabe an Dritte geeignet sind oder ob diese Informationen sich noch auf ein verdeckt geführtes Verfahren beziehen und sozusagen der vorsorglichen Information des Ministers oder der Staatssekretäre oder der Abteilungsleitung dienen. Das ist normal.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Welche Kontakte gab es denn zwischen dem Innenministerium und dem Umweltministerium im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren?

Zeuge Dieter Schürmann: Ich kann für mich sagen, ich hatte keine in dieser Phase. Darüber hinaus gehende Erkenntnisse, ob sozusagen aus unserem Haus heraus Kontakte ins Umweltministerium bestanden, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe in dem Zusammenhang keine Kontakte wahrgenommen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wissen Sie etwas von Anfragen aus dem Umweltministerium beim Innenministerium?

Zeuge Dieter Schürmann: Bei mir sind keine eingegangen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wissen Sie etwas von Anfragen?

Zeuge Dieter Schürmann: Nein!

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Es hätte ja sein können,

(Zeuge Dieter Schürmann: Entschuldigung, sehen Sie mir das nach, wenn ich so ...)

dass Sie etwas gehört haben

(Zeuge Dieter Schürmann: Ja, das ist ein Unterschied, gebe ich zu!)

oder ein Mitarbeiter von Ihnen mal ein Bericht geschrieben hat, den Sie dann gesehen haben?

Zeuge Dieter Schürmann: Nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Hatten Sie denn in der Sache mal selbst mit Mitgliedern der Hausspitze, also dem Herrn Minister oder einem der beiden Herren Staatssekretäre aus dem Innenministerium, darüber gesprochen, irgendeine Lagebesprechung oder sonst so etwas?

Zeuge Dieter Schürmann: Ich komme auf diesen Punkt zurück: Ab wann sind diese Informationen sozusagen öffentlich darzustellen? Und da sage ich jetzt mit der Einschränkung, ich bin mir nicht sicher, ob ich Herrn Frücht oder Herrn Staatssekretär Brendel persönlich die Antwort übermittelt habe und gesagt habe: Nach Beginn der Maßnahmen am 29. ist das selbstverständlich nicht mehr schutzbedürftig im Sinne des Schutzes des Verfahrens. – Aber ich sage das mit dem Vorbehalt, dass mir ... Ich gebe zu bedenken, dass ich naturgemäß eine Vielzahl solcher Informationen selbst zu gewichtigeren Verfahren Tag für Tag bei mir auf dem Schreibtisch habe

oder dass sie mich erreichen, sodass ich insoweit um Nachsicht bitte. Ich habe dazu kein konkretes Gespräch in Erinnerung.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Hatten Sie in dem Zusammenhang Kontakt zur Staatsanwaltschaft?

Zeuge Dieter Schürmann: Ich habe in diesem Zusammenhang Kontakt zum Justizministerium gehabt, allerdings erst im Kontext der Bearbeitung der Beschwerde des Herrn Abgeordneten Rimmel.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vorher nicht zum Justizministerium?

Zeuge Dieter Schürmann: Mir sind keine erinnerlich, nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich habe im Augenblick keine Fragen mehr an Sie, Herr Schürmann. Daher haben jetzt die Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen Gelegenheit, an Sie weitere Fragen zu stellen. Als Erstes ist Herr Kollege Schmitz mit Fragen an der Reihe.

Wolfgang Schmitz (CDU): Herr Schürmann, ich möchte Sie fragen, ob Sie dem LKA Anweisungen gegeben haben, wie das Ermittlungsverfahren zu führen ist.

Zeuge Dieter Schürmann: Nein, das ist ein Verfahren, das läuft wie all diese Verfahren, die die Polizei im kriminalpolizeilichen Bereich unter Sachleitung der Staatsanwaltschaft führt. Es wäre für uns fachlich gar nicht möglich, entsprechende Anweisungen im Sinne einer fachlichen Bewertung zu geben.

Wolfgang Schmitz (CDU): Vom LKA sind auch keine Rückfragen eventuell an Sie gestellt worden, wie das Verfahren zu führen ist?

Zeuge Dieter Schürmann: Es sind keine Rückfragen gestellt worden; das ist auch nicht üblich in solchen Verfahren.

Wolfgang Schmitz (CDU): Hat während des gesamten Zeitraums des Verfahrens jemand aus der Spitze des Innenministeriums, aus dem Justizministerium, dem Umweltministerium, dem Landtag oder dem sonstigen politischen Bereich Einfluss auf Ihre Tätigkeit genommen oder Entsprechendes versucht?

Zeuge Dieter Schürmann: Auf meine Tätigkeit?

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Ja!)

– Nein.

Wolfgang Schmitz (CDU): Nicht, danke. – Dann habe ich keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank, Herr Schmitz. – Weitere Nachfragen an Herrn Schürmann? – Herr Kollege Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Schürmann, Sie haben eben geschildert, wann Sie – nach Aktenstudium – das erste Mal mit dem Vorgang zu tun hatten. Wie würden Sie es aus Ihrer Erinnerung beschreiben? Können Sie den Zeitpunkt festmachen? In welcher Form hatten Sie das erste Mal mit dem Vorgang ...

Zeuge Dieter Schürmann: Wie gesagt, nach dem Aktenstudium war das im Jahre 2006, im Juni – Juli? – Juli – ich habe mir die Daten jetzt nicht tabellarisch eingeprägt – mit dem Hinweis, dass es diese Pressemitteilungen gegeben habe, dass man denen nachgegangen sei und dass es dazu im Umweltministerium ein Gespräch gegeben habe oder geben werde – das kann ich Ihnen leider nicht mehr dezidiert sagen – , um diesen Hinweisen nachzugehen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Staatskanzlei Band 6, Blatt 2 – das ist eine Unterlage, die wir als Mail-Ausdruck haben. Das ist eine Mail von Herrn Behrendt an Sie und Herrn Winkelmann.

Zeuge Dieter Schürmann: Herr Winkelmann war zu der Zeit einer meiner Mitarbeiter.

Johannes Remmel (GRÜNE): Datum: 13. Juli 2006. Da schreibt Herr Behrendt „zum Vorgang“ „Beh“ – ich vermute, das ist das Kürzel von Herrn Behrendt. – Gab es denn am 13.07. schon einen Vorgang in der Sache? Oder was ist mit „Vorgang“ gemeint?

Zeuge Dieter Schürmann: Das kann ich nicht mit letzter Gewissheit sagen, weil diese Mail-Steuerung mit der Anmerkung „zum Vorgang“ auch bedeuten kann, dass dazu ein Vorgang zu eröffnen ist, wenn das nicht sogar ein Textbaustein ist, der über ein Makro eingefügt wird. Solche Dinger habe ich zumindest. Ich kann das für Herrn Behrendt nicht sagen. Ich habe jetzt keine Erinnerung, an welchem Tag bei uns im Referat dazu ein Vorgang aufgemacht wurde.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber mittlerweile gibt es einen Vorgang dazu?

Zeuge Dieter Schürmann: Ja, es gibt den Vorgang und die Unterlagen, die auch dem Untersuchungsausschuss zugeleitet wurden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nach Aktenstudium könnten Sie sagen, wann der Vorgang eröffnet wurde? Hier steht 13.07.2006, „zum Vorgang ...“

Zeuge Dieter Schürmann: Ich verstehe Ihre Frage. Auf diese Frage habe ich mich nicht vorbereitet.

Johannes Remmel (GRÜNE): Vielleicht schauen Sie sich die Mail einfach an.

Zeuge Dieter Schürmann: Ich habe keinen Zweifel daran, wenn Sie das so zitieren. Ich habe mich auf diese Frage, wann der Vorgang eröffnet wurde, nicht konzentriert, sondern ich habe mich bei meinem Aktenstudium im Wesentlichen auf das konzentriert, was mich persönlich in diesem Zusammenhang mit der Vorgangsteuerung, Vorgangadministration, was meine eigene Beteiligung in diesem Punkt betrifft.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat es denn, bezogen auf den 13.07. – also Information LKA, da findet ein Gespräch statt – ein Gespräch innerhalb Ihres Hauses gegeben?

Zeuge Dieter Schürmann: Ich persönlich habe keine Gespräche dazu geführt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Waren Sie an keinem Gespräch beteiligt, auch mit Informationen ...

Zeuge Dieter Schürmann: Ich will nicht ausschließen, dass ich mit Herrn Behrendt darüber gesprochen habe. Wir sind im täglichen, ständigen Dialog. Eine Besprechung dazu ist mir nicht erinnerlich. Bei einem Vorgang – wenn ich das sagen darf – in einer Landesoberbehörde wie dem Landeskriminalamt oder in einer Polizeibehörde, bei dem ein Verfahren eröffnet wird, das eine gewisse Öffentlichkeitswirksamkeit hat oder haben wird oder das auch von einer fachlich höheren Bedeutung sein kann, ist es nicht unüblich, dass man uns das mitteilt und sagt: Wir machen uns auf, hier weitere Überprüfungen vorzunehmen, oder: Wir haben ein Verfahren eröffnet.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann würde ich Sie gerne fragen wollen zu Staatskanzlei Band 6, Blatt 4. Das sagt Ihnen jetzt nichts, aber hier handelt es sich um ein Schreiben vom 08.11. vom LKA an das Innenministerium: Verdachtshinweise gegen leitende Mitarbeiter des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. – Da bitte ich Sie allerdings, sich das Schriftstück einmal anzuschauen, weil da mehrere Kürzel drauf sind. Mich würde interessieren, an wen das gegangen ist. Alle Kürzel kann ich einfach nicht entziffern.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Kommen Sie besser nach vorne! Wir haben das Originalschriftstück hier vorliegen.

(Der Zeuge nimmt beim Vorsitzenden Einblick in die Unterlagen.)

Zeuge Dieter Schürmann: Wenn Sie Ihre Frage bitte stellen!

Johannes Remmel (GRÜNE): Wer hat das Schreiben abgezeichnet?

Zeuge Dieter Schürmann: Sie sehen oben links auf der Seite einen handschriftlichen Eintrag: Eingang per Kurier. Der stammt von mir, ebenso dieser bereits erwähnte Stempel, Herr Minister, Herr Staatssekretär a. d. D. als Eingang vorgelegt. Das ist auch von mir. Darunter sehen Sie rechts seitlich meine Paraphe, links daneben die Paraphe von Herrn Behrendt, wiederum links daneben die Paraphe von Herrn von Bauer. Die ist im Original hier braun. Rechts seitlich neben dem Absender-Adressfeld, also neben den Telefonnummern, das ist die Paraphe von Herrn Winkelmann, Kriminaldirektor, also einem meiner Mitarbeiter. Von dem dürfte auch die Verfügung sein, die Sie handschriftlich darunter sehen: Z.d.A 62.17.03. Das ist das Führungsaktenzeichen für entsprechende Vorgänge bei uns in der Abteilung. Und von Herrn Winkelmann, in Kenntnis seiner entsprechenden Praxis, dürften auch die keilförmigen Einfassungen der Betreffsbezeichnung sein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und Herr Brendel telefonisch?

Zeuge Dieter Schürmann: Ja, ich sehe das. Tut mir leid, bekomme ich nicht zugeordnet. Das Schriftbild sagt mir so nichts.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und der Strich?

Zeuge Dieter Schürmann: Der Strich ist im Original rot. Das ist der Strich der Kenntnisnahme des Ministers.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also hat der Minister den Vorgang zur Kenntnis bekommen?

Zeuge Dieter Schürmann: Zumindest zur Kenntnis bekommen, ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Okay. – Sie können sich gerne wieder hinsetzen. – Ist das üblich, dass das LKA über Sie den Minister über Verdachtshinweise in dieser Form unterrichtet?

Zeuge Dieter Schürmann: Bei entsprechenden Fällen vollkommen üblich.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nun handelt es sich hier um zwei Verdachtshinweise, die allgemein überschrieben sind: gegen leitende Mitarbeiter des Ministeriums für Umwelt, also einmal Verdachtshinweise Abteilungsleiter IV, und dann einen weiteren Verdachtshinweis, wie auch immer, gegen den Staatssekretär. – Wurden die Vorgänge zusammen bei Ihnen im Haus geführt Weil es beides unter dieser Überschrift steht.

Zeuge Dieter Schürmann: Ich kenne dazu nur einen Vorgang, der unter diesem Aktenzeichen geführt wurde.

Johannes Remmel (GRÜNE): Einen Vorgang, zu dem beide ...

Zeuge Dieter Schürmann: Ich kann Ihnen zu dem zweiten Verdacht, der unter der zweiten Ziffer, glaube ich, geführt wird, nichts sagen, weil ich den Sachstand aus dem Ermittlungsverfahren dazu nicht kenne.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hier geht es um anonyme Hinweise gegenüber Herrn Staatssekretär Schink. Sie haben eben vorgelesen, dass das unter einem Aktenzeichen abgelegt worden ist. Deshalb frage ich Sie: Wurden beide Sachverhalte in Ihrem Haus unter diesem einen Aktenzeichen geführt?

Zeuge Dieter Schürmann: Ich glaube nicht. Ich bin nicht sicher, ob... Wir haben den Inhalt nach meiner Kenntnis auch nicht hinterfragt. Das ist ein Bericht, mit dem uns das Landeskriminalamt auf einen dort anhängigen Vorgang aufmerksam macht, der aus der Sicht des Landeskriminalamtes gegebenenfalls bei uns zu Nachfragen führt oder bei dem es aus Sicht des Landeskriminalamtes geboten ist, uns zu informieren, damit bei Rückfragen – hier geht es auch um eine ressortübergreifende Problematik – bei uns niemand sagt: Wir wissen nicht, was das Landeskriminalamt tut. Das ist im Grunde genommen sozusagen im fachaufsichtlichen Spektrum über das Landeskriminalamt eine übliche Berichtsform.

Johannes Remmel (GRÜNE): Interpretieren Sie das denn so, dass das Landeskriminalamt beide Vorgänge sozusagen subsumiert unter einer Überschrift?

Zeuge Dieter Schürmann: Für mich war das eine zu dem Zeitpunkt miteinander verbundene Erkenntnislage, über die das LKA informiert und uns mitteilt, dass sie dazu weitere Ermittlungen und Erhebungen vornehmen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Können Sie aufgrund des Berichtes davon ausgehen, dass diese Ermittlungen in beiden Sachverhalten im LKA auch zusammen geführt werden?

Zeuge Dieter Schürmann: Das unterstelle ich. Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann würde ich gerne wissen, was Vierteljahresgespräche sind. Welchen Charakter haben die? Wer nimmt daran teil?

Zeuge Dieter Schürmann: Ich hatte eben gesagt, dass wir, das Referat 42, für das ich auch tätig bin, dienst- und fachaufsichtlich Aufsichtsaufgaben in Richtung des

LKA wahrnehmen. In diesem Zusammenhang natürlich das LKA auch ... dass es immer wieder Sachverhalte gibt, über die es in dem Kontext Besprechungsbedarf gibt.

Im Übrigen ist das Landeskriminalamt für uns als Landesoberbehörde auch die fachlich zentrale Instanz für Kriminalitätsangelegenheiten, das heißt für alle Angelegenheiten der Kriminalitätsvorbeugung und Strafverfolgung, strategische Fragen etc., polizeiliche Kriminalstatistik, also alles das, was der strategischen Steuerung der Polizei im kriminalpolizeilichen Spektrum dient oder es unterstützt. Insoweit führen wir deshalb Vierteljahresgespräche, also idealerweise im vierteljährlichen Rhythmus Gespräche – Herr Behrendt leitet sie auf der Seite des Ministeriums – durch, an denen Referenten des Referates 42 und dann je nach Fachbedarf und Tagesordnung weitere Referenten des Referats teilnehmen. Als Gesprächsteilnehmer haben wir den Direktor des LKA, in aller Regel seinen ständigen Vertreter und die dort tätigen Abteilungsleiter, sodass wir auf beiden Seiten des Tisches, sage ich mal, die Zuständigkeiten und Kompetenzen sowohl des Ministeriums als auch des LKA verfügbar haben, um uns über fachliche und strategische Fragen auszutauschen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie nehmen auch an den Vierteljahresgesprächen teil?

Zeuge Dieter Schürmann: Sofern ich nicht durch externe Termine oder andere Dinge verhindert bin, ja. Das ist der Regelfall.

Johannes Remmel (GRÜNE): Können Sie sich denn erinnern, dass im Rahmen der Vierteljahresgespräche das Thema Ermittlungsverfahren eine Rolle gespielt hat?

Zeuge Dieter Schürmann: Ich erinnere mich, dass das Thema eine Rolle gespielt hat, weil das LKA üblicherweise bei herausragenden Personalbedarfen insbesondere seine Belastung in der Abteilung I darstellt, also in der Ermittlungsabteilung, und in dem Kontext vorträgt, mit welchen besonderen Aufwänden gegebenenfalls ein Verfahren verbunden ist; in aller Regel, sage ich mal, auch mit der Zielrichtung, zusätzliches Personal über das Innenministerium zu akquirieren. Dieses Personal müsste dann von uns in aller Regel bei den Kreispolizeibehörden – ich nenne das jetzt mal etwas locker – beschafft werden, um den Ermittlungskommissionen des LKA zugewiesen zu werden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wann war aus Ihrer Erinnerung der Sachverhalt „Ermittlungsverfahren gegen Herrn Dr. Friedrich“ erstmalig Gegenstand der Vierteljahresgespräche?

Zeuge Dieter Schürmann: Das kann ich im Detail nicht sagen. Ich erinnere mich an ein Folgegespräch – ich meine, das war im Anschluss an ein Vierteljahresgespräch und nach dem, was ich heute Morgen nachvollzogen habe, im März 2008 –, weil in dem Zusammenhang sowohl die sogenannte EK Stuhl als auch zwei weitere Ermitt-

lungskommissionen, die in der Abteilung I des LKA geführt wurden, Gegenstand von Sachdarstellungen zu entsprechenden Belastungen und zusätzlichem Personalbedarf waren.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ausweislich unserer Akten fand ein solches Vierteljahresgespräch offensichtlich im Dezember 2007 statt. Dazu gibt es entsprechende vorbereitende Mails – hier: IM, Band 246, Blatt 712. Dazu berichten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LKA, wahrscheinlich zur Vorbereitung ihrer Vorgesetzten auf das Vierteljahresgespräch. Eine oder mehrere Mails sind jeweils überschrieben mit: Betreff Wg. EK Stuhl, zeugenschaftliche Vernehmung des Staatssekretärs Dr. Schink am 22.08.2007.

Dieses Vierteljahresgespräch muss aber im Dezember 2007, also ein gutes Vierteljahr danach, stattgefunden haben. Welche Rolle hat die Zeugenvernehmung von Herrn Dr. Schink im Vierteljahresgespräch gespielt?

Zeuge Dieter Schürmann: Ich persönlich habe keine Erinnerung an die Darstellung inhaltlicher oder auch personenbezogener Vernehmungsaktivitäten.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich zitiere Blatt 713. Das ist eine vorbereitende Mail von Herrn Opdensteinen an Herrn Römer: Hallo, Herr Römer. Beigefügt, vorhin besprochen, einige Sätze zur erfolgten Vernehmung des Staatssekretärs Dr. Schink, damit dies eventuell en passant in das Vierteljahresgespräch zwischen LKA und dem IM einfließen kann, da beim letzten Vierteljahresgespräch die bevorstehende Vernehmung thematisiert wurde.

Zeuge Dieter Schürmann: Wie gesagt, ich muss Ihnen ausdrücklich sagen – vermutlich ist dies „en passant“ –: Ich habe an eine mir erinnerliche Darstellung, also an eine entsprechend nachhaltige Befassung dieses Vierteljahresgesprächs mit dem Thema, keine Erinnerung.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich würde Sie gerne fragen, ob zwischen LKA und Ihnen in irgendeiner Weise zur Kenntnis gebracht worden ist, dass bei der Vernehmung von Herrn Dr. Schink vorbereitend ein Fragenkatalog dem Herrn Dr. Schink zugeleitet wird.

Zeuge Dieter Schürmann: Das ist mir nicht bekannt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist das aus Ihrer Erinnerung Gegenstand von Vierteljahresgesprächen gewesen?

Zeuge Dieter Schürmann: Keine Erinnerung.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es gibt ein weiteres Vierteljahresgespräch, das bei uns dokumentiert ist – oder ein Gespräch –, das Sie eben schon erwähnt haben, vom 27.03. In der Folge davon gibt es ein Schreiben des Landeskriminalamtes – Staatskanzlei, Band 6, Blatt 9 f – an das Innenministerium. Darin wird Bezug genommen auf diese Besprechung mit Herrn Leitenden Kriminaldirektor Schürmann am 27.03.2008. Da heißt es auf Blatt 10: Zur weiteren Beweisführung ist insbesondere die Auswertung umfangreicher Asservate aus den Durchsuchungsobjekten sowie die Vernehmung von Angehörigen des MUNLV (gegebenenfalls bis in die Ministeriumsspitze), Angehöriger anderer Landesbehörden (Sachverständige, Zeugen) und Wissenschaftler universitärer Einrichtungen erforderlich.

Was ist mit Ihnen am 27.03. besprochen worden hinsichtlich der Vernehmung von Angehörigen des MUNLV (gegebenenfalls bis in die Ministeriumsspitze)? Die Vernehmung von Herrn Staatssekretär war zu diesem Zeitpunkt schon abgeschlossen, jedenfalls erstmalig durchgeführt.

Zeuge Dieter Schürmann: Anders, als der Text gegebenenfalls vermuten lässt, dient diese Darstellung – wenn Sie mir das gestatten – des LKA dazu, dass ich ihm, wenn ich ihm schon Personal beschaffe, möglichst keine – wenn ich das so formulieren darf – einfach strukturierten oder schlecht fortgebildeten Ermittler in die Kommission abordnen möge. Sondern man legt Wert darauf – insoweit wird die Qualität der Ermittlungsmaßnahmen damit skizziert –, dass für qualifizierte Ermittlungen, für Ermittlungen mit Vernehmungen von Personen, die selbst besonders fachkundig sind, Personal benötigt wird, das in den Kreispolizeibehörden, in denen das Personal beschafft werden soll, möglichst nicht aus schlichten oder einfachen Ermittlungstätigkeiten heraus akquiriert werden soll, sondern möglichst aus dem Spektrum besonders qualifizierter Ermittler, weil diese Ermittlungen besondere Anforderungen stellen sowohl im sozialen Kontakt, in der Ansprache der zu vernehmenden Person, und auch natürlich im Hinblick auf die besonderen Anforderungen der rechtlichen Qualitäten solcher Maßnahmen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist das denn im Gespräch am 27.03. mit Ihnen erläutert worden, dass man die Vernehmung „MUNLV und gegebenenfalls Ministeriumsspitze“ beabsichtigt?

Zeuge Dieter Schürmann: Es ist mir so dargestellt worden – sinngemäß –, wie es im Bericht geschrieben ist, mit dem Ziel: Wenn wir Kräfte kriegen, dann bitte keine Kräfte, die in diesem Spektrum nicht qualifiziert arbeiten können.

Johannes Remmel (GRÜNE): Am 26.05.2008, drei Tage vor der Maßnahme, ist das Innenministerium noch einmal informiert worden. Ich würde Sie bitten, sich das Schriftstück anzuschauen: Staatskanzlei, Band 6, Blatt 11 ff.

(Der Zeuge nimmt beim Vorsitzenden Einblick in die Unterlagen.)

Wenn Sie uns freundlicherweise erläutern könnten, wer darauf abgezeichnet hat.

Zeuge Dieter Schürmann: Die Auszeichnung oben rechts auf dem Vorgang ist nach dem Schriftbild von Herrn Behrendt handschriftlich getätigt worden – heute um 16:30 Uhr von Herrn Gatzke persönlich erhalten –; der Stempel darunter ist Ihnen schon bekannt, das ist, wie ich annehme, der Stempel, den sowohl Herr Behrendt als auch ich für eine Vorlage benutzen; und die Paraphe unmittelbar darunter ist die von Herrn Behrendt; links seitlich davon – im Original in Braun – ist die Paraphe des Abteilungsleiters Herrn von Bauer; links seitlich, also ziemlich zentral, unterhalb des Polizeisterns, in Grün die Paraphe von Herrn Brendel und unmittelbar darunter, im Original in Rot, die Paraphe von Herrn Minister Dr. Wolf; rechts seitlich daneben, nach meiner Wahrnehmung, die Paraphe der Leiterin des Ministerbüros, Frau Pirscher; rechts, etwas versetzt, seitlich daneben meine eigene Paraphe; unterhalb meiner Paraphe die Paraphe von Herrn Kriminaldirektor Christ, der zu dem Zeitpunkt bereits in meinem Referatsbereich tätig war; und darunter die Paraphe von Herrn Winkelmann, der inzwischen nicht mehr bei uns tätig ist, sondern in einer Kreispolizeibehörde eine leitende Funktion übernommen hat.

Johannes Remmel (GRÜNE): Kann ich aus den Daten, die den Paraphen beigelegt sind, schließen, dass dieses Schreiben um 16:30 Uhr bei Herrn Behrendt einging und unmittelbar, noch am selben Tag, weil die Paraphen alle den 26.05. markieren, den betreffenden Personen zugeleitet oder vorgelegt worden ist – also Herrn Minister, Herrn Staatssekretär, Leiter des Ministerbüros ...

Zeuge Dieter Schürmann: Sofern diese Personen nicht gelegentlich in meinen Fehler verfallen, sich im Datum zu vertun, wird das so sein. Ich weise ausdrücklich darauf hin, weil ich mich immer wieder dabei ertappe, dass ich auch schon mal das Datum des Vortages verwende, obwohl der längst abgelaufen ist.

Johannes Remmel (GRÜNE): Kann man davon ausgehen, dass mit diesem Schreiben aufgrund der Paraphen am 26.05. bis in die Spitze des Innenministeriums von der bevorstehenden Aktion am 29.05. informiert wurde? Darf ich dann auch Ihre Aussage von eben, dass es eine Rückfrage aus dem Ministerbüro an Sie gegeben hat, in diesen Zeitraum einordnen?

Zeuge Dieter Schürmann: Das dürfte in der Zeit gewesen sein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Da ging es um die Frage, ob sich die Staatssekretäre miteinander austauschen können über ...

Zeuge Dieter Schürmann: Sinngemäß: Ab wann es unproblematisch ist, wenn über die Maßnahmen gesprochen wird.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben dann zurückgemeldet, dass es ...

Zeuge Dieter Schürmann: Ich kann jetzt nicht sagen, ob ich das Datum zurückgemeldet habe – das stand da schon drin – oder ob konkret gefragt wurde: Ist es problematisch, nach Beginn der Maßnahme darüber zu sprechen? Aber das wird in dem Kontext gewesen sein.

Johannes Remmel (GRÜNE): In dem Schreiben selbst wird darauf hingewiesen – ich zitiere –: Trotz mehrfachen Ersuchens der Staatsanwaltschaft Wuppertal und wiederholter Nachfragen durch Mitarbeiter der EK Stuhl ist eine seit Januar 2008 angekündigte umfassende Stellungnahme des MUNLV zu den Vergabepraktiken bisher nicht eingegangen.

Was hat Ihnen diese Passage gesagt?

Zeuge Dieter Schürmann: Genau das, was da steht. Entschuldigung, ich will Ihre Frage nicht karikieren, nicht dass Sie das falsch verstehen, Herr Abgeordneter. Aber ich sage ausdrücklich: Auf derartige Darstellungen des Landeskriminalamtes oder anderer berichtender Behörden, auf die Inhalte dieser Berichte habe ich keinen Einfluss und nehme ich keinen Einfluss. Wenn das jemand für relevant erachtet und uns das so berichtet, nehme ich das so zur Kenntnis.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie denn irgendeine Veranlassung gesehen, tätig zu werden?

Zeuge Dieter Schürmann: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Eine Seite weiter berichtet das Landeskriminalamt: Die Nähe des Dr. Friedrich zur damaligen Umweltministerin Höhn (MdB und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen) und die aktuelle Berufung des hier dringend tatverdächtigen ehemaligen umweltpolitischen Beraters der rot-grünen Landes- und Bundes... – handschriftlich – ...regierung – vorher stand da „republik“ –, Prof. Dr. Max Dohmann, zum Leiter einer unabhängigen Gutachterkommission im PFT-Skandal dürfte ein reges Medieninteresse hervorrufen.

Zeuge Dieter Schürmann: Insoweit war das der Zweck dieser Berichterstattung. Nach meiner Kenntnis ist die handschriftliche Korrektur durch den Unterzeichner, durch Herrn Gatzke, glaube ich, erfolgt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und das Anstreichen an der Seite? Da ist doch zweimal angestrichen worden.

Zeuge Dieter Schürmann: Da müsste ich wieder darauf schauen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dann kommen Sie doch ruhig einmal nach vorn, Herr Schürmann.

(Der Zeuge nimmt beim Vorsitzenden Einblick in die Unterlagen.)

Zeuge Dieter Schürmann: Das lässt sich über die Farbe des Anstrichs, dieses Blau, nicht klären. Offen gesagt, das könnte Herr Behrendt sein, das könnte von mir sein, also von jedem, der im Ministerium noch in blau zeichnet oder einen blauen Stift bedient. Ich weise nur darauf hin, dass die Korrektur der eher unsinnigen Formulierung „Bundesrepublik“ – daran kann ich mich erinnern, wenn ich es so sehe – nach meiner Erinnerung noch im LKA vorgenommen wurde, bin mir aber nicht sicher. Aber ich würde das noch im LKA verorten. Aber sehen Sie es mir nach: Wer den blauen Strich gemacht hat, kann ich Ihnen nicht sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber das heißt schon, dass Sie die Vorgänge im Haus genau lesen, weil Sie ja eben gesagt haben, Sie nehmen sozusagen die Berichte des LKA zur Kenntnis. Hier sind ja deutliche Hinweise enthalten: presserelevant und MUNLV hat noch nicht alles geliefert, was wir dringend brauchen.

Zeuge Dieter Schürmann: Ich denke, das wird von mir erwartet, und das mache ich auch.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie haben Sie das denn bewertet?

Zeuge Dieter Schürmann: Für mich ist das insoweit eine Maßnahme, von der ich sage, wenn das LKA, so wie es das LKA schreibt, aber wie es natürlich auch durch meine berufliche Erfahrung von mir recht einfach nachzuvollziehen ist ... dass das natürlich Maßnahmen sind, die im medialen Bereich und die auch im Bereich der öffentlichen Wahrnehmung dieses Vorgangs durchaus beachtlich sind und dass da eben Reaktionen zu erwarten sind, die, sage ich mal, Rückfragen erzeugen, die Medienaktivitäten erzeugen, dass insoweit eine Information – unter den Kautelen, die ich eben schon dargestellt habe – der Hausspitze logischerweise unabweisbar erforderlich ist.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat es aus Ihrer Erinnerung irgendwann eine Erörterung des LKA über Telefonüberwachungsmaßnahmen mit Ihnen oder dem Innenministerium gegeben?

Zeuge Dieter Schürmann: Ja, ich hatte ja schon dargestellt, dass Telefonüberwachungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Ihrem Schreiben und natürlich auch in der Folge in Bezug auf die ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Nein, nein, ich meine, im Vorgriff auf die Verhaftung, also vor dem 29.05.

Zeuge Dieter Schürmann: Können Sie das etwas konkretisieren? In welchem Zeitraum?

Johannes Remmel (GRÜNE): Also, hier gibt es – ich habe ja eben zitiert – eine Berichtsvorlage des LKA: Wir planen da am 29. ... Herr Gatzke bringt die persönlich vorbei, Sie informieren die Hausspitze. Die Frage ist, ob es eine mündliche oder schriftliche Erörterung geplanter Telefonüberwachungsmaßnahmen in diesem Zusammenhang gegeben hat.

Zeuge Dieter Schürmann: Also, mit mir nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist Ihnen denn bekannt, dass es solche gegeben hat?

Zeuge Dieter Schürmann: Nein. Ich darf im Übrigen darauf hinweisen, weil Sie das gerade noch einmal hervorhoben, dass der Umstand, dass Herr Gatzke diesen Bericht im Haus bei uns abgegeben hat, nicht zwingend – Sie fragten ja eben nach Rückschlüssen – insinuiert, dass Herr Gatzke sozusagen dazu eine Botentätigkeit übernommen hat. Herr Gatzke ist immer wieder im Haus, und er neigt dazu, bestimmte Berichte, von denen er sagt, die hätte ich sonst per Post geschickt ... Die bringt er auch gerne in diesem Zusammenhang schon einmal mit. Also, in diesem Zusammenhang wäre der Schluss, der Bericht war so wichtig, dass Herr Gatzke ihn persönlich überbracht hat, nicht zwingend.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das liegt zumindest nahe, aber ich will das jetzt auch nicht ...

Zeuge Dieter Schürmann: Nein, aber ich bin Kriminalbeamter. Ich will nicht sagen, ich höre Töne, aber ich konnte ... Weil Sie es noch einmal bewusst einbrachten, möchte ich das noch einmal deutlich hervorheben, dass ich alleine nach meiner Erfahrung – ich bin jetzt fünf Jahre im Ministerium – von einer Reihe von Behördenleitern, darunter auch Herrn Gatzke, sozusagen auch situativ nach dem Motto, ich bin gerade im Haus, da habe ich das schon einmal mitgebracht, diese oder ähnliche Berichte erhalten habe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich würde gern einführen IM 220, Blatt 2992. Möglicherweise kennen Sie das Schriftstück nicht, aber ich würde gern zitieren. Das ist eine Mail von Herrn Lech an Herrn Staatsanwalt Meyer: Hallo, Herr Meyer, ...

(Zuruf von der CDU: Moment!)

– Darf ich? – Hallo, Herr Meyer, informell übermittle ich Ihnen zur Kenntnis, was unsere Führung informell dem IM berichtet hat. Details können wir ja dazu noch gleich und morgen besprechen. Mein Abteilungsleiter, Herr Jungbluth, wird Sie dazu noch anrufen.

Es geht in diesem Zusammenhang – das soll aber jetzt hier gar nicht Gegenstand sein – um einen Artikel der *Welt am Sonntag* vom 10.08. Sie haben eben selbst den Vorgang erwähnt, und das ist dann ausführlich in einem Vermerk von Herrn Opdensteinen beschrieben in dem Zusammenhang. Aber was mich irritiert, ist, dass es eine informelle – also, mit „unsere Führung“ ist die Führung LKA gemeint – Berichterstattung an das Innenministerium gibt. Können Sie uns das erläutern? Was ist der Unterschied zwischen einer formellen und einer informellen Berichterstattung, und haben wir irgendwo etwas nicht zur Kenntnis bekommen, wenn informelle Berichterstattung hier aufgeführt ist?

Zeuge Dieter Schürmann: Ich interpretiere den Begriff „informelle Berichterstattung“ so, dass es eben nicht auf einem sozusagen administrativ korrekten Berichtswesen beruht, im Sinne der Vorgabe, der Einhaltung von Vorgaben, dass Berichte von Beginn an sozusagen auf Kopfbogen der Behörde geschrieben werden und dann per elektronischer Post, also dokumentiert, übermittelt werden, sondern dass gegebenenfalls – soweit ich mich erinnere, war das im Hinblick auf die Berichterstattung ja auch eine sehr aktuelle Nachfrage – dieser Bericht per E-Mail übermittelt wurde und nicht per E-Post, wie wir sonst sagen, also auf den elektronischen Postwegen, die für offizielle Berichte regulär vorgesehen sind. Das ist aber auch nichts Außergewöhnliches, weil manche Dinge ja auch sozusagen außerhalb des Berichtswesens oder außerhalb der im Standard vorgesehenen Wege der Berichterstattung einer Behörde auch gegebenenfalls per E-Mail übermittelt werden. So interpretiere ich das. Ansonsten müsste ja ... Also, was Herr Lech jetzt im Detail damit meint, kann ich natürlich sonst nicht erklären.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich frage mich einfach, ob es zwei Dienstwege gibt, den formellen und den informellen. Wie sonst kann ich das interpretieren, dass die Hausspitze LKA informelle Informationen an das Innenministerium weitergibt?

Zeuge Dieter Schürmann: Es gibt kein Berichtswesen sozusagen für ... Wofür sollte das offizielle Berichtswesen sein und das informelle? Der informelle Weg erstreckt sich aus meiner Sicht ... So interpretiere ich die Worte von Herrn Lech, die Sie mir darstellen; Klärung dafür könnte Herr Lech wahrscheinlich schaffen.

Aber ich interpretiere das so, dass das außerhalb des per Erlass geregelten Berichtswesens, der elektronischen Berichtswege ... weil natürlich mit Einführung des E-Mail-Verkehrs durchaus auch der eine oder andere Behördenbericht Wege nahm, die dann sozusagen ... der instanzuell nicht so zustande ... also nicht im LKA, sondern insgesamt in der Polizei, die Neigung wie in übrigen Bereichen entstand: Ich schicke das einmal so von Sachbearbeiter zu Sachbearbeiter zum Beispiel, sodass Sie natürlich ein formelles Berichtswesen haben und alles, was sich im E-Mail-Verkehr oder sonstigen Bereichen entwickelt, eher der informelle Weg ist – Weg, nicht Inhalt.

Johannes Remmel (GRÜNE): In diesem informellen Schreiben – jedenfalls dem so gekennzeichneten – ist auf Seite 2995 auch niedergelegt – ich zitiere hier –: Bereits im Vorfeld der TKÜ wurde mit Herrn Oberstaatsanwalt Meyer thematisiert, dass im Rahmen der TKÜ wahrscheinlich auch Gespräche mit Immunitätsträgern aufgezeichnet werden. – Ich frage Sie: Ist das denn informell im Vorfeld der TKÜ auch an das Innenministerium berichtet worden?

Zeuge Dieter Schürmann: Mir nicht. Ich kenne solche Berichte nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut, danke schön. – Vielen Dank.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gibt es weitere Fragen an Herrn Schürmann? – Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich dachte, es gäbe noch eine nächste Runde. Dann will ich noch eine abschließende,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

eine hoffentlich abschließende Frage stellen. Es gibt da einen Vermerk, Staatskanzlei, Band 7, Blatt 656 ff. Da geht es um ein Votum zur Sitzung des Innenausschusses am 11. Dezember 2008, Zusammenwirken von MUNLV und Landeskriminalamt in der Angelegenheit Abteilungsleiter Friedrich im Zeitraum Juni 2006 bis Oktober 2006, und da um einen Antrag der SPD-Fraktion – Herr Dr. Rudolph hat den wohl gestellt – und als federführend bzw. Referatsabteilung bzw. Ressort in der Sitzung vertreten durch MD von Bauer und Leitenden Kriminaldirektor Schürmann. Sie haben den Vermerk auch unterschrieben, 08.12. Hier wird ausgeführt, Blatt 656, unter 1, Verlauf des bisherigen Verfahrens: Zum TOP wurde ein schriftlicher Bericht erbeten. Dieser ist als Anlage beigefügt.

Gleichzeitig heißt es aber auf Seite 657 unter der Ziffer 2, Vorschlag für Beratungsbeteiligung: Eine Vorlage an den Landtag ist im Entwurf erstellt (Anlage). Vor dem Hintergrund der Sachleitungsbefugnis der Staatsanwaltschaft sollten zu einem laufenden Ermittlungsverfahren Auskünfte zu Inhalt und Abläufen dem Justizministerium NRW vorbehalten bleiben.

Anderenfalls ist zu erwarten, dass durch die Ausschussmitglieder von SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Verfahrensinitiierung mit dem Ziel infrage gestellt wird, angebliche Widersprüche der Darstellung dieser Abläufe durch die beteiligten Ressorts aufzudecken.

Was haben Sie damit gemeint?

Zeuge Dieter Schürmann: Darf ich mir das bitte noch einmal angucken?

Johannes Remmel (GRÜNE): Gern.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Kommen Sie nach vorn, Herr Schürmann.

Zeuge Dieter Schürmann: Ich bin da optisch eher ... (akustisch unverständlich)

(Der Zeuge nimmt beim Vorsitzenden Einblick in die Unterlagen.)

Ich finde die Darstellung eindeutig.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Die Darstellung konzentriert sich darauf, dass Auskünfte zu diesem ..., wie dargestellt, dem sachleitenden Ressort vorbehalten sein sollten. Wenn Sie – das sage ich als Kriminalbeamter – zwei Personen zum gleichen Sachverhalt hören, werden Sie, beginnend bei der Interpunktion und endend bei der Betonung, möglicherweise den gleichen Sachverhalt in Nuancen unterschiedlich dargestellt bekommen, und ich denke, ich brauche den Anwesenden, zumindest den anwesenden Parlamentarierinnen und Parlamentariern, nicht zu erklären, dass das durchaus Anlass zur Nachfrage gibt, so wie sich das jetzt auch darstellt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja, aber ist das denn uneindeutig, wie es zum Verfahren gekommen ist? Darauf heben Sie ab. Also, es geht nicht um die Frage, wie das Ermittlungsverfahren geführt wird oder sonst etwas, sondern darum, dass es im Hinblick auf die Verfahrensinittierung möglicherweise Widersprüche geben kann, in die die Ressorts verwickelt werden. Also, wie kommen Sie gerade auf die Verfahrensinittierung?

Zeuge Dieter Schürmann: Nach meiner Erinnerung ist zu diesem Zeitpunkt bereits hinterfragt worden, wie das initiiert wurde und ob das nun Gegenstand einer Strafanzeige, wenn ich das sagen darf, war oder ob das sozusagen eine Verfahrensinittierung von Amts wegen war.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gab es denn in dieser Frage aus Ihrer Erinnerung unterschiedliche Haltungen zwischen den Ressorts der Landesregierung?

Zeuge Dieter Schürmann: Ich persönlich habe mit der Justiz dazu keine unterschiedlichen Haltungen erörtert. Ich kann aber dazu sagen: Sie haben ja einen Zeugen hier vernommen, den Herrn Zenker, der mir persönlich bekannt ist, weil er bei uns im Referat einmal hospitiert hat, und mir ist aus diesem Zusammenhang, allein in dem Kontext, damals bekannt geworden, dass Herr Zenker nach meiner Kenntnis, glaube ich, einen Vermerk umgesetzt hat, der über das Gespräch, das im Umweltministerium stattgefunden hatte, stattgefunden hat. Wenn Sie Herrn Zenker dazu gehört haben und auch die Kommission ... Ich gehe davon aus, dass die Ihnen dazu mehr sagen können.

Mir ist im Grunde genommen durch die Dialoge und in meiner eigenen Teilkenntnis der Abläufe eigentlich klar geworden, dass es ausschließlich die Justiz beurteilen kann, wie denn dieses Verfahren letztlich initiiert worden ist und dies vor dem Hinter-

grund dieser Fragestellung kein Gegenstand von Positionen oder Bewertungen des Innenressorts sein kann. Es ist eben eine rein justizielle Bewertung zu dem Fall, also auch zu dieser Frage, erforderlich und sinnvoll gewesen und keine Bewertung des Innenressorts.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber der Bereich LKA, Korruptionsermittlung, untersteht doch dem Innenministerium oder gehört doch zu Ihrem Geschäftsbereich?

Zeuge Dieter Schürmann: Aber nicht die Sachleitung im konkreten Verfahren. Ich sage ganz bewusst, dass zur Beantwortung solcher Fragen tatsächlich eine komplette und umfassende Sach- und Aktenkenntnis erforderlich ist. Die kann nur die Justiz haben. Die kann nur die sachleitende Staatsanwaltschaft haben. Aus meiner Erfahrung ist sie es dann auch, die dazu Bewertungen und Einschätzungen abgeben oder Feststellungen treffen kann.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es geht ja nur um den Einsatz von Ressourcen. Sie haben ja eben geschildert, dass Sie dafür zuständig sind, Ressourcen zuzuteilen, Personal zur Verfügung zu stellen usw. Im Sinne von sachdienlichem und adäquatem Einsatz von Ressourcen müsste man doch dann, wenn es sich nicht um Korruptionssachverhalte handelt, zu der Haltung kommen, dass eine andere Abteilung oder eine andere Stelle das behandelt.

Zeuge Dieter Schürmann: Ich bin nicht der Haushälter des LKA oder der Administrator im verwaltungstechnischen Sinne. Vielmehr üben wir dort Dienst- und Fachaufsicht aus. In diesem Zusammenhang ist es aus meiner Sicht immer wieder wichtig, festzustellen, dass die Polizei – das sage ich jetzt grundsätzlich, also losgelöst von diesem Verfahren – grundsätzlich natürlich Verfahrenkenntnis hat, aber dass die umfassende Kenntnis und damit auch Verfahrenkenntnis – im Übrigen in vielen Fällen auch Kenntnis, die möglicherweise den Ermittlungskräften selbst nicht transparent ist und damit auch nicht Gegenstand von Berichten an unser Haus sein kann – bei der Justiz vorhanden ist, sodass letztlich eine wirklich belastbare und valide Bewertung des Sachstandes eines Ermittlungsverfahrens oder Darstellung des Verlaufs eines Ermittlungsverfahrens tatsächlich nur der Justiz möglich ist.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber in Ihrem Zuständigkeitsbereich ist das Verfahren unter der Überschrift Korruptionsabteilung oder in dem Zuständigkeitsbereich der Korruptionsabteilung im LKA geführt worden. Das ist doch richtig?

Zeuge Dieter Schürmann: Ja, aber das Verfahren führt ja nicht das LKA. Das LKA stellt tatsächlich die Ressourcen und die ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann habe ich noch eine Frage zu dem ersten Satz, den ich zitiert hatte. Hier steht: Zum TOP wurde ein schriftlicher Bericht erbeten. Dieser ist als Anlage beigefügt.

Wir können nicht richtig identifizieren, wo jetzt dieser schriftliche Bericht des Innenministeriums ist; denn zum Schluss kommt eben nur der Bericht, dass das Justizministerium zuständig ist, und nicht der schriftliche Bericht des Innenministeriums.

Zeuge Dieter Schürmann: Des Landeskriminalamtes, meinen Sie.

Johannes Remmel (GRÜNE): Oder des Landeskriminalamtes. – Was für ein Bericht? Welche Anlage ist damit gemeint? Denn hier steht: Dieser ist als Anlage beigelegt.

Zeuge Dieter Schürmann: So wie Sie es darstellen, gehe ich davon aus, dass es sich um einen Bericht des Landeskriminalamtes handelt – zum Verfahren selbst, zum Stand der dortigen Aktivitäten. Das kann ich aber nicht genau sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das können Sie auch aufgrund der Akteneinsicht gerade nicht?

Zeuge Dieter Schürmann: So, wie Sie es zitieren ... Sie sagen: wurde ein Bericht angefordert. Dieser ist als Anlage beigelegt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Zum TOP – also zum TOP im Ausschuss – wurde ein schriftlicher Bericht erbeten. Dieser ist als Anlage beigelegt.

Zeuge Dieter Schürmann: So, wie Sie es darstellen, dürfte das ein Bericht von uns sein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das müsste ein Bericht von Ihnen sein?

Zeuge Dieter Schürmann: Im Referat erstellt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nun finden wir den Bericht aber nicht als Anlage.

Zeuge Dieter Schürmann: Das kann ich mir nicht erklären.

Johannes Remmel (GRÜNE): Können Sie sich denn erklären, was für ein Bericht das war? Denn zum Schluss kommen Sie ja zu der Erkenntnis: lieber kein Bericht; lass das Justizministerium mal machen. – Das sage ich jetzt einmal mit meinen Worten.

Zeuge Dieter Schürmann: Ich weiß nicht, wo diese Anlage ist, welche es konkret ist, nach der Sie da fragen. Ich kann mir aber vorstellen, dass das eine schlichte Sitzungsvorbereitung, ein Bericht des Referats an den Minister bzw. an den Herrn

Staatssekretär, ist. Ich gehe davon aus, dass er sich in den Akten befindet – wenn er denn so erstellt wurde.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es kann auch sein, dass wir nicht vollständig den Überblick darüber haben, an welcher Stelle sich was befindet.

Zeuge Dieter Schürmann: Sie wissen selbst, wie viele Bände ...

Johannes Remmel (GRÜNE): An dieser Stelle haben wir ihn eben nicht gefunden. – Okay. Dann danke ich Ihnen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank, Herr Remmel. – Möglicherweise ist auf Seite 662 der Bericht vom Innenministerium, sehr kurz gehalten. Er könnte das eventuell sein.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist dann die Schlussfolgerung!)

Gibt es weitere Fragen an Herrn Schürmann? – Ich stelle fest, dass das nicht der Fall ist.

Herr Schürmann, damit sind wir am Ende Ihrer heutigen Befragung. Ich darf mich bei Ihnen bedanken.

Ihre Aussage ist hier protokolliert worden. Sie erhalten in den nächsten Tagen vorab einen Auszug aus dem Protokoll. Dann können Sie innerhalb von 14 Tagen Einwendungen erheben, wenn Sie der Auffassung sind, dass Ihre Aussage hier falsch protokolliert worden ist. Sollten von Ihnen Einwendungen erhoben werden, müsste der Untersuchungsausschuss sodann darüber beschließen, ob das Protokoll einer Änderung bedarf oder nicht.

Ich darf Sie allerdings bitten ...

Zeuge Dieter Schürmann: Bitte gestatten Sie mir dazu einen Einwand. Ich werde zu Beginn der kommenden Woche für zweieinhalb Wochen eine Auslandsreise antreten. Insoweit werde ich innerhalb dieser Frist vermutlich nicht sachgerecht prüfen und antworten können. Ich bitte den Ausschuss, darauf Rücksicht zu nehmen und vielleicht die Frist etwas anders zu fassen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gut. Wir nehmen das zur Kenntnis und räumen Ihnen sicherlich im Hinblick auf Ihren Auslandsaufenthalt sicherheitshalber auch drei Wochen Gelegenheit ein, hier Einwendungen zu erheben.

Ich darf Sie allerdings bitten, das Protokoll, das Sie jetzt bekommen, anderen Personen, auch auf Ihrer Dienststelle, nicht zur Kenntnis zu bringen.

Nach Beratung über das Ergebnis Ihrer Einvernahme wird der Untersuchungsausschuss sodann über die Beendigung oder gegebenenfalls auch Fortsetzung Ihrer

Vernehmung beschließen. Wenn wir Sie hier noch einmal brauchen sollten, erhalten Sie darüber jedoch rechtzeitig eine Mitteilung von uns.

Für heute war es das erst einmal. Ich darf mich bei Ihnen noch einmal sehr herzlich bedanken und Ihnen noch einen schönen Tag wünschen.

Zeuge Dieter Schürmann: Danke. Das wünsche ich Ihnen auch.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir setzen unsere Beweisaufnahme um 17 Uhr mit der Vernehmung des Zeugen Behrendt fort.

(Unterbrechung der Sitzung von 16:25 Uhr bis 17:00 Uhr)